Nr. 85 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 29. März 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 30 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—, für Ziffern- oder Nachweisgebühr 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühren 20 Pf. Auf diese Preise werden 30% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist zulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.60, vierteljährlich M. 4.80.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.82, vierteljährl. Kr. 8.28
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.46, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. möchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Zur Friedensfrage

Vor einigen Wochen gingen durch ausländische Blätter Aeußerungen von Lloyd George und von Pichon, nach welchen unsern Friedensvertretern kein Verhandlungsrecht zustehen solle, sondern nur gestattet sei, den Friedensvertrag entweder ganz anzunehmen oder ganz abzulehnen. Reichsminister Erzberger hat zur Klärung dieser Frage bei der Friedenskonferenz der Entente angefragt, wie sie sich zu diesen Aeußerungen stelle. Darauf ist nun folgende Antwort von Marschall Foch in Spa eingelaufen: „Die Herren Lloyd George und Pichon haben niemals die Erklärungen abgegeben, die ihnen zugeschrieben worden sind, und die Anfrage veranlaßt haben, die am 19. März vom Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt worden ist."

Nach Zitierung der in Frage kommenden Aeußerungen Lloyd Georges und Pichons schrieb Erzberger in seiner Anfrage am 19. März: „Der Reichsminister des Aeußern und ich als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission ersuchen um baldige Aufklärung, ob diese Meldungen der englischen und der französischen Presse, welche bisher ohne Widerspruch von zuständiger amtlicher Seite geblieben sind, als zutreffend angesehen werden müssen, und ob die alliierten und assoziierten Mächte nach diesen Meldungen zu verfahren gedenken?"

Liest man diese Anfrage, muß man erkennen, daß die Antwort Fochs keine Antwort ist. Für uns ist es sehr nebensächlich, ob die beiden Staatsmänner die Aussprüche getan haben, wesentlich aber ist für uns, ob die Entente nach ihnen zu verfahren gedenkt oder nicht. Darauf aber wurde keine Antwort erteilt. Inwieweit nun die folgende Depesche, die auf eine Lösung der Frage zu unsern Gunsten schließen läßt, zutrifft, ist nicht festzustellen:

E. Genf, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) **„Journal des Débats" meldet, die deutsche Finanzkommission werde an den ständigen Beratungen des Finanzausschusses der Alliierten, soweit es sich um Beratungen über Deutschland handle, teilnehmen. Man hofft, die Beratungen in sechs Tagen zu Ende geführt zu haben.**

Die Beratungen der Friedenskommission stehen zweifellos unter dem Bann der ungarischen Revolution. Die Friedensunterhändler sind alle der Ansicht, daß Eile not tut. Unter diesem Druck sollen schon drei wichtige Fragen, die der Wiedergutmachung, des Rheins und des Adriatischen Meeres, grundsätzlich geregelt worden sein — ohne unsre Beteiligung natürlich. Ebenso soll man sich jetzt einig darüber sein, daß in dem Friedensvertrag auf den Völkerbund Bezug genommen werden wird. Die Gründung des Völkerbundes soll unsern Vertretern zugleich mit dem Friedensvertrag mitgeteilt werden. Hierbei werden, wie das Bureau Europa Preß erfährt, ihnen auch Mitteilungen über die Aufnahme in den Völkerbund gemacht werden, die mit der Ausführung der Friedensbedingungen in Zusammenhang stehen. In dem Entwurf wird auch die Verwaltung der Rhein-Provinz durch den Völkerbund bis zur Erfüllung aller Bedingungen vorgesehen. Für die Annahme des Friedensvertrages wird den Deutschen eine Frist von drei Wochen gestellt werden, in der die Nationalversammlung befragt werden kann. Ende April erwarte man Deutschlands endgültige Entscheidung.

Aus der Friedenskonferenz dringen nunmehr die Nachrichten spärlicher durch, nachdem die vier Staatenvertreter sich abgesondert haben und nur noch ganz im geheimen tagen, wodurch jede Indiskretion unmöglich wird. Trotzdem liegt über die Annexionsabsichten noch folgende Nachricht vor:

E. Genf, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Friedenskonferenz beschloß, daß die wallonischen Wälder, die bis jetzt zu Deutschland gehörten, an Belgien abgetreten werden müssen. Ferner soll Belgien als Kompensation für die verwüsteten Wälder 10 000 Hektar preußische Wälder längs der belgischen Grenze erhalten.

Die Annexionsabsichten Belgiens sind uns nicht neu, nur dürfen wir nach der Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen erst recht erwarten, daß wir gehört werden in allen Fragen der Gebietsänderung, die auf keinen Fall durch finanzielle Rücksichten, sondern nur durch völkische bestimmt werden können.

Die ausländischen Pressestimmen

zur Friedensfrage sind immer noch recht widersprechend. Die französische Presse schreibt, wie unten folgt, zum Teil noch unentwegt chauvinistisch, wie vor der ungarischen Revolution, die italienische dagegen erkennt immer offener die beginnende Stärkung unsrer Stellung an:

× Paris, 27. März. Nach einer Havas-Meldung erklärt „Eclair", Frankreich könne sich nichts besseres wünschen, als daß der von der Entente vorbereitete Friede von den Deutschen abgelehnt würde. In dem Falle würde Foch in Frankfurt einrücken und mit seinen Truppen das Ruhr-Becken besetzen. Das mit Erzen versorgte Essen würde dann für französische Rechnung arbeiten. Aachen sei ein großes industrielles Zentrum. Die reichste Industrie Deutschlands liege in greifbarer Nähe Frankreichs. An Stelle einer regelmäßigen Kriegsentschädigung würden die Deutschen zu Lieferanten Frankreichs werden.

sch. Lugano, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) **Die italienischen Berichterstatter in Paris und London warnen beschwörend vor dem dort herrschenden Wahn, daß Ungarn und Deutschland die bolschewistische Gefahr nur als Vorwand und Druckmittel benutzen. „Secolo" schreibt: „Deutschland bebelt. Seine Stunde ist gekommen. Deutschland ist Herr der Lage, denn als Damm gegen den Bolschewismus kann es die Weltgesittung retten, aber mit dem Bolschewismus verbündet die Gefahr unabwendbar machen. Nur ein gerechter politischer, sozialer und territorialer Friede kann helfen." Giampolunghi drahtet: „Unsre Unterhändler werden keine Annexionen verlangen, die ungerecht, erbitternd und friedenbedrohend sind. Das Verlangen wäre sinnlos, während der europäische Brand droht."**

Wir glauben nicht, daß „Eclair" das noch so ganz ernsthaft glaubt, was er oben schreibt. Wir halten diese Aeußerung vielmehr für einen Bluffversuch, hinter dem die Angst vor einer wirklichen Ablehnung verborgen werden soll.

Polen für ein Bündnis mit der Entente

× Warschau, 27. März. **Die Poln. Telegr.-Agentur meldet: In der gestrigen Sitzung des Landtages sprachen sich die Vertreter der großen politischen Gruppen übereinstimmend für den Antrag auf ein Bündnis mit den Ententemächten aus.**

Ein Notenwechsel über die polnische Landung in Danzig

× Berlin, 27. März. **Eine am 26. d. M. an den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa vom General Nudant übergebene Note fordert, daß die deutsche Regierung die Landung der Armee Haller in Danzig, die ein Teil der alliierten Armeen sei, sowie ihren Weitermarsch nach Polen zur Aufrechterhaltung der Ordnung gestatte. Eine Weigerung werde als Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen. Die deutsche Regierung faßte nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zuziehung der Parteiführer der Nationalversammlung ihren Standpunkt in einer Note dahin zusammen, daß sie nach dem Waffenstillstandsvertrage nur verpflichtet sei, den Alliierten einen Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß des Vertrages sei jedenfalls davon ausgegangen, daß es sich nicht um polnische Truppen handeln könne. Die Note weist dann auf die bekannten Vorgänge bei der Durchreise des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski hin, der unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden das Zeichen zum Aufruhr und Bürgerkrieg gegeben und bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 gesagt habe: Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig seien, werde Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden. Weiter wird hingewiesen auf die zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen, die gegen polnische Angriffe gewaltsamen Widerstand leisten wollen. Durch den so entstehenden Bürgerkrieg werde auch die deutsche Ostfront gegen den Bolschewismus gefährdet. Aus diesen Gründen könne die deutsche Regierung die gewünschte Maßnahme nicht verantworten, sei aber bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern. Die deutsche Note ersucht daher um alsbaldige Mitteilung über Zusammensetzung und Stärke der Armee, Zeitpunkt der Landung und Angabe der Zeitdauer der Durchbeförderung bis nach Polen. Zum Schlusse wird die Frage gestellt, welche Gewähr die Alliierten dafür bieten könnten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil sich an politischen Kundgebungen oder etwaigen Aufständen der polnischen Minderheit beteiligen werde.**

Konteradmiral v. Trotha, Chef der Admiralität

Die Reichsregierung hat folgendes verfügt: Unter dem Reichswehrminister wird die Marine von einem Chef der Admiralität geleitet. Er hat Sitz, aber keine Stimme im Kabinett. Ihm sind sämtliche Kommando- und Verwaltungsbehörden der Marine unterstellt. Zum Chef der Admiralität ist der Konteradmiral v. Trotha ernannt. Durch diese Verfügung der Reichsregierung sind auch alle Marinebehörden, die früher Immediatstellen waren, d. h. dem Kaiser unmittelbar unterstanden, das Reichsmarineamt, der Admiralstab und die Stationskommandos in allen Kommando- und Verwaltungsangelegenheiten einer Zentralstelle, dem neugeschaffenen Chef der Admiralität, unterstellt.

Der Etat des Reichspräsidenten

Zu den Mitteilungen über die monatlichen Aufwandsgelder für den Reichspräsidenten wird an unterrichteter Stelle in Berlin erklärt: Der Reichspräsident wird genau Rechnung legen über die 100 000 M. und einen etwaigen Ueberschuß am Ende des Provisoriums zurückgeben. Er hat erklärt, er wünsche aus seinem Amte so herauszugehen, wie er hineingegangen ist. Auf Antrag der Mehrheitsfraktionen wird der Etat des Präsidenten durch den Haushaltsausschuß nochmals durchgeprüft und die einzelnen Positionen nach Möglichkeit festgelegt werden, was den Wünschen des Präsidenten entspricht.

Anerkennung der deutschen Regierung durch Dänemark

kg. Kopenhagen, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Blätter melden, hat die dänische Regierung die Anerkennung der neuen deutschen Regierung beschlossen.

Die Lebensmittel für Deutschland

Der Oberste Wirtschaftsrat in Paris hat nach einer Reuter-Meldung beschlossen, daß die Mehrzahl der ausgelieferten deutschen Schiffe, die unter die Kontrolle Großbritanniens kommen, nach Liverpool fahren sollen. Die Mehrzahl derjenigen Schiffe, die unter die Verwaltung Amerikas und Frankreichs kommen, werden nach Brest und Cherbourg fahren. Die ausgelieferte deutsche Handelsflotte wird die von Deutschland benötigten Lebensmittel zuerst befördern und dann diejenigen, die für die von deutscher, österreichischer und türkischer Herrschaft befreiten Länder sowie für die alliierten Länder bestimmt sind. Die Frage des allgemeinen Verfahrens bei der Verwendung der deutschen Tonnage wird von dem Obersten Rat in Paris geregelt werden. Ueber die technischen Einzelheiten wird eine Kommission mit den Deutschen in Rotterdam beraten. Es wird Ende Mai werden, bevor die deutschen Schiffe Lebensmittel nach deutschen Häfen befördern können. Es sind Anweisungen erfolgt, daß die Lebensmittel für Deutschland, die bisher in Rotterdam aufgehalten wurden, freigegeben werden, da die deutsche Regierung den Bedingungen der Alliierten nachgekommen ist. — Inzwischen wird aber auch aus Schweden Getreide nach Deutschland eingeführt werden. Wie „Nya Dagligt Allehanda" erfährt, haben die alliierten Mächte durch den amerikanischen Gesandten Morris in Stockholm das schwedische Rote Kreuz ermächtigt, 50 000 Tonnen Mehl unmittelbar nach Deutschland auszuführen, falls die Bezahlung in der vereinbarten Weise erfolgen kann. Es handelt sich sowohl um Weizen- wie um Roggenmehl, das Schweden nachher von Amerika zurückerhalten soll.

Abfahrt amerikanischer Lebensmittelschiffe

E. Genf, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Der „Herald" meldet aus New-York: Am 22. März haben 14, am 24. März 11 und am 26. März 4 Dampfer mit Lebensmitteln für die Mittelländer Europas den Hafen von Hoboken verlassen.

(Weiteres siehe unter „Letzte Nachrichten und Telegramme".)

Neue Sicherheitsmaßnahmen in Berlin

kg. Berlin, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Infolge der Vorgänge des letzten Sonntags, die Ministerpräsident Scheidemann in seiner Rede vom Mittwoch in der Nationalversammlung als Veranlassung zu scharfen Angriffen gegen die rechte Seite des Hauses nahm, sind für Berlin neue Anweisungen an die militärischen Sicherheitsbehörden ergangen, die eine Wiederholung von Straßenumzügen und Straßenkundgebungen für die Dauer des Belagerungszustandes verbieten. Infolge der sich bemerkbar machenden Anzeichen einer neuen Unruhebewegung in Berlin wurden die militärischen Maßnahmen verschärft. Gestern abend setzte wieder die militärische Ueberwachung bzw. Absperrung einer Anzahl Brücken zwischen Berlin und den Vororten, u. a. auch nach Charlottenburg und Spandau, ein.

Die Blätter veröffentlichen einen Aufruf des Gouverneurs von Groß-Berlin, Schöpflin, an die Groß-Berliner Bevölkerung, insbesondere an die Arbeiterschaft, in dem alle Arbeiter, Techniker oder Ingenieure, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen wollen, um die Kranken und Säuglinge sowie die eigene Familie vor den Gefahren eines sich auch auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ausdehnenden wilden Generalstreiks zu bewahren, aufgefordert werden, sich als Zeitfreiwillige der technischen Abteilung der Gardekavallerieschützendivision zur Verfügung zu stellen. Sie sollen im Falle eines gewerkschaftlich nicht genehmigten wilden Streiks in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken unter militärischem Schutze in Stunden der Gefahr diese lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten.

Uebergewicht der Radikalen in Braunschweig

• Braunschweig, 28. März. Die Neuwahlen zum Landesarbeiterrat haben der äußersten Linken eine ausschlaggebende Stimmenmehrheit gebracht. Demnach verteilen sich die 66 Mandate auf 44 Unabhängige und Kommunisten, vier Bürgerliche, darunter zwei Demokraten, und 18 Mehrheitssozialisten. Auffallend erscheint die geringe Zahl der den Mehrheitssozialisten zugefallenen Sitze, die bei allen vorangegangenen politischen Wahlen in Braunschweig die Unabhängigen zahlenmäßig überflügelt hatten. Die vier Bürgerlichen sind in der Stadt Braunschweig gewählt.

Spartakistischer Ueberfall in Tangermünde

× Magdeburg, 27. März. Spartakisten stürmten in Tangermünde einen im Hafen liegenden Schleppzug mit Proviant, der für den Grenzschutz bestimmt war. Sie plünderten die Schiffe aus. Herbeigerufenes Militär wurde mit Schüssen empfangen. Darauf machten die Truppen ebenfalls von der Waffe Gebrauch. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Den Truppen gelang es schließlich, den Hafen zu säubern.

Die internationale Sozialistenkonferenz

× Amsterdam, 28. März. Von sozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam am 25. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zur Konferenz erwartet.

Eine stürmische Sitzung

Von unserm G.-Mitarbeiter

Weimar, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärung, mit der Reichsministerpräsident Scheidemann am Mittwoch in der Nationalversammlung in schärfster Weise den nationalistisch-monarchistischen Demonstrationen in Berlin, die er als eine Verfälschung des Volkswillens bezeichnete, entgegentrat, gab den Anlaß zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien einerseits und den Rechtsparteien anderseits bei der gestrigen Debatte über den Nachtragskredit und den Notetat. Obgleich die Mehrheitsparteien zunächst beabsichtigt hatten, auf eine Besprechung der Rede Scheidemanns zu verzichten und sich auf eine sachliche Kritik der beiden Kreditvorlagen zu beschränken, leitete der Abg. Schulz (Ostpreußen) der Sozialdemokratischen Partei, veranlaßt durch die außerordentlich scharfen Angriffe des Abg. v. Kardorff im preußischen Abgeordnetenhaus, seine sachlichen Ausführungen zu den beiden Vorlagen mit einem scharfen Vorstoß gegen die Rechte ein. Er meinte zwar, die Gefahr der Gegenrevolution sei nicht unmittelbar drohend, trotzdem aber sei seine Partei dem Ministerpräsidenten dankbar dafür, daß er die Berliner Vorgänge, mit denen politisch belastete gewissenlose Menschen die einmütige Kundgebung des Volkswillens verfälscht hätten, gebührend gekennzeichnet habe. Nach einer ernsten Warnung an die Rechte, Kardorffsche Absichten nicht in die Tat umsetzen zu wollen, schloß der Redner seine von den Rechtsparteien mehrfach durch Zurufe und Lachen unterbrochenen Erklärungen mit der Mahnung, den notwendigen Kampf der Geister nicht zum üblen Selbstzweck werden zu lassen. Auch der zweite Fraktionsredner, Mayer-Schwaben, von der Zentrumspartei, stimmte Scheidemann grundsätzlich zu. Der deutschnationale Sprecher Graf Posadowsky leitete seinen scharfen Angriff gegen Scheidemann, der in einer unverhüllten Kampfansage an den Ministerpräsidenten gipfelte, mit einem langen „Sündenregister" der Revolution ein. Er nahm natürlich die Berliner Demonstranten gegen den Vorwurf in Schutz, politische Sabotage getrieben zu haben. Scharf und glücklich entgegnete der demokratische Abgeordnete Pachnicke dem deutschnationalen Redner. Er sprach ihm die Berechtigung ab, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, da seine Partei nur eine Minderheit in dem gesamten Volke vertrete. Die Kritik Scheidemanns habe sich mit Recht dagegen gerichtet, daß die aus der Not der Stunde geborene Aktion in Berlin mit einer monarchistischen Kundgebung enden mußte. Es sei jetzt nicht der Augenblick, für eine überwundene Staatsform zu demonstrieren. Die Deutschnationalen hätten eben noch nicht begriffen, daß der Krieg in dem größten Teile des Volkes einen grundlegenden Wandel in der Gesinnung hervorgebracht habe. Der demokratische Redner schloß wirkungsvoll mit einer scharfen Absage an die Gewaltpolitik der Entente: „Es gibt Dinge, die sich das deutsche Volk nicht zumuten läßt!"

Die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien mit der Opposition von rechts hat klar und unzweideutig festgestellt, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit entschlossen ist, frei von nationalistischer Ueberhebung und Chauvinismus der Gewaltpolitik der Entente eine entschlossene Abwehr unter Betonung des Rechtsstandpunktes entgegenzusetzen. Wenn sich dieser Eindruck auch im Auslande noch weiter verstärkt hat, so wird man es begrüßen können, daß es trotz dem unerfreulichen Anlaß zu dieser Aussprache gekommen ist. Andrerseits sollten sich doch die Parteien der Nationalversammlung ernsthaft die Frage vorlegen, ob die drückende äußere und innere Not es nicht angebracht erscheinen ließe, den unseligen inneren Zustand nicht in derartig scharfen Formen auszutragen, wie es bisher mehrfach geschehen ist. Der sozialdemokratische Redner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Kampf der Geister notwendig sei, daß er aber nicht zum üblen Selbstzweck werden dürfe. Es ist verständlich und zu begrüßen, daß die Regierung unzweideutig den Bestrebungen entgegengetreten ist, die vielleicht im Auslande den Eindruck hätten erwecken können, daß der militaristische Geist neu erwachen wolle. Das deutsche Volk ist durch den Waffenstillstand so wehrlos gemacht worden, daß es an Wahnsinn grenzen würde, wenn heute gewisse Kreise ein Neuaufleben des Militarismus propagieren wollten.

Zu einer weiteren scharfen Auseinandersetzung, die ebenfalls äußerst stürmisch verlief, kam es mit der Opposition von der Linken. Der Abg. Haase von der Unabhängigen Sozialdemokratie wandte sich in schärfster Weise wieder gegen den Reichswehrminister Noske wegen dessen Verhaltens in Berlin und nahm die Spartakisten, wie gewöhnlich, in seinen besonderen Schutz. Auch er malte das Gespenst der Gegenrevolution an die Wand, das selbst Scheidemann unterschätzt habe. Der Reichswehrminister antwortete in seiner energischen Weise und entfesselte damit mehrfach großen Lärm und erregte Zurufe der Unabhängigen. Er wies darauf hin, daß alles, was gegen die Regierung und Nationalversammlung geschehe, Herrn Haases Zustimmung finde und seine Freude auslöse. Mit warmen Worten gedachte der Reichswehrminister auch der Haltung des Generals Lettow-Vorbeck, der sich vorbehaltlos hinter die Regierung gestellt habe. Noske behandelte auch das Verhältnis zu Rußland und betonte dabei, daß auch mit dem Sowjet-Rußland ein erträgliches, sogar ein gutes Verhältnis herzustellen sei, wenn Rußland darauf verzichte, sich in die Staatsform des Deutschen Reiches einzumischen. Man sieht in politischen Kreisen in diesem Hinweis auf Rußland eine versteckte Drohung an die Entente, daß das Deutsche Reich, falls die Entente ihre Gewaltpolitik gegen Deutschland fortsetzt, unter Umständen auch genötigt sein werde, mit Rußland in ein engeres Verhältnis zu treten. Auch der Ministerpräsident Scheidemann hatte bekanntlich auf der sozialdemokratischen Konferenz in Weimar schon diese Möglichkeit angedeutet. Mit einer Reihe von persönlichen Bemerkungen schloß die Sitzung erst in der neunten Abendstunde.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190329/1